



City-Maut für Autofahrer

City-Maut für Autofahrer
"Sinnvolles Instrument für Klimaschutz und gegen Staus" - Statement des verkehrspolitischen Sprechers der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt, Christoph Erdmenger, zur Ablehnung einer City-Maut für Autofahrer durch Verkehrsminister Thomas Webel (CDU):
"Verkehrsminister Thomas Webel sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Eine City-Maut ist in Großstädten ein sinnvolles Instrument für den Klimaschutz und gegen Staus. Sie funktioniert in Städten mit abgrenzbarem Zentrum und viel Verkehr. Selbst wenn dies in keiner Stadt Sachsen-Anhalts sinnvoll ist, sollte man doch den Bedarf anderer Bundesländer nicht ignorieren."
Udo Mechenich
Pressesprecher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Tel.: 0391/560-4008
Fax: 0391/560-4006
udo.mechenich@gruene.lt.sachsen-anhalt.de
<http://www.gruene-fraktion-sachsen-anhalt.de>
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=509798 width="1" height="1"

Pressekontakt

Udo Mechenich

65185 Wiesbaden

Firmenkontakt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

65185 Wiesbaden

Zur Geschichte des Landesverbandes: Die Grünen Hessen haben sich als Landesverband am 15. Dezember 1979 gegründet. Am 12.12.1985 übernahm Joschka Fischer als erster GRÜNER Minister das Umweltministerium. Von 1991 bis 1999 wurde Hessen rot-GRÜN regiert. Die Schwerpunkte unserer Politik in Hessen: Bildung DIE GRÜNEN stehen für Bildungsgerechtigkeit, für längeres gemeinsames Lernen, um möglichst vielen Kindern die Chance auf einen gemeinsamen Schulabschluss zu ermöglichen. UmweltWeg vom Öl: Nachwachsende Rohstoffe Nach Ansicht der GRÜNEN müssen alle erdenklichen Schritte unternommen werden, um die Abhängigkeit vom Öl zu verringern. Dazu gehören Anstrengungen beim Energiesparen, eine umfassende Effizienzsteigerung und der größtmögliche Ersatz von Erdöl durch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe. Verbraucherschutz GRÜNE Verbraucherpolitik Verbraucherpolitik ist heute eine Querschnittsaufgabe, die weit über ernährungspolitische Fragen hinaus geht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für das Recht auf Sicherheit, das Recht auf Information und das Recht auf Wahlfreiheit.